

Wiener Vorlesungen

Hannes Androsch

Wirtschaft und Gesellschaft. Österreich 1945 – 2005.

In der Reihe

„Österreich Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive“

Wiener Rathaus, Mittwoch 26. Januar 2005

„Österreich über alles, wann es nur will.“ So lautet der Titel des Buches des aus Frankfurt zugewanderten Philipp Wilhelm von Hörnigk. Es erschien ein Jahr nach Abwehr der zweiten Türkenbelagerung Wiens. Das Werk trägt den liebevollen Untertitel: „Wie mittels einer wohlbestellten Landesökonomie die kaiserlichen Erbland in kurzem über alle anderen Staaten von Europa zu erheben sind.“ Erfolg war ihm in Wien allerdings nicht beschieden. Andere Zuwanderer waren dagegen schon erfolgreicher, vom Prinzen Eugen bis zum Freiherrn von Bruck, von Beethoven bis Brahms. Heute hätte wohl keiner von ihnen eine Aufenthalts- oder gar Arbeitsbewilligung erhalten. Für Fußballer oder Eishockeyspieler sind da die Chancen schon größer.

Im Unterschied zur Ersten Republik hat die Zweite Republik gewollt, sie ist eine Erfolgsstory geworden. Unter den entwickelten Industriestaaten der Welt nimmt sie heute mit ihrer wirtschaftlichen Pro-Kopf-Leistung einen sechsten Platz ein.

Die Erste Republik ist mit einem schwierigen Umfeld darüber hinaus auch schlecht umgegangen, die Zweite Republik hat ein ebenfalls schwieriges Umfeld geschickt und fleißig zu nutzen verstanden.

Es war ein dorniger Weg, um von den Nöten der gespaltenen und polarisierten Ersten Republik, einem Staat den keiner wollte, an dessen Lebensfähigkeit kaum jemand glaubte, zu den heutigen Ergebnissen zu kommen. Seine Bevölkerung litt, wie Norbert Leser feststellte, an einem „Reduktionsschock“ und musste eine Hyperinflation erleiden. Der damals vorherrschende politische Katholizismus fand nicht zuletzt Dank Kardinal König ein Ende. Von der Weltwirtschaftskrise war die erste Republik besonders betroffen. Es folgte die Auslöschung der Demokratie und es folgte

Unterdrückung durch den Austrofaschismus im Ständestaat. Dessen Deflationspolitik schuf zwar den Alpendollar und hohe Devisenreserven, aber hatte verheerende Wirkung für knapp 600.000 Arbeitslose, von denen rund 40% als sogenannte Ausgesteuerte keine Unterstützung mehr erhielten.

Mit der Tyrannei und dem Wahnwitz der Naziherrschaft sollte es noch schlimmer kommen. Der Jubel nach dem Einmarsch der Deutschen Truppen und am Heldenplatz kann ohne diese Vorgeschichte nicht erklärt und verstanden werden. Die angehäuften Devisenreserven wurden sofort nach Berlin geschafft und ermöglichten über 9 Monate vorbereitende Kriegsfinanzierung. Die ahnungsvoll und in Sorge Daheim-Geblienen hat niemand gezählt, viele Jubelnde merkten bald, dass man vom Regen in die Traufe gekommen war.

Erzwungene Emigration, Opfer im Krieg, zu Hause und im Widerstand, Not, Qualen und Zerstörung waren das Ergebnis der Nazidiktatur. Viele Österreicher waren Mitläufer, Qualtinger und März haben im Herrn Karl deren Charakterbild gezeichnet. Nicht wenige waren leider Mittäter.

1945 brachte das Ende des Krieges und die Befreiung. Aus der Zerstörung entstand ein Neubeginn und erfolgte ein Aufbruch. Es dauerte aber einige Zeit von der Befreiung zur Freiheit, vom Mangel zum Wohlstand, zu breiter Wohlfahrt und hoher Lebensqualität, von schlimmen Kriegsjahren und Verfolgungen zu annähernd 60 Jahren in Frieden und Sicherheit.

Das ist zweifellos ein Grund, sich freudig zu erinnern und dankbar zu gedenken. Das Jahr 2005 bietet dazu eine Reihe von Anlässen. Vor 60 Jahren wurde es von Krieg und Nazi-Herrschaft befreit, vor 50 Jahren erlangte es mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages seine endgültige Freiheit. Auch die Begleiterscheinungen der Eigenstaatlichkeit werden gefeiert: „50 Jahre Bundesheer“, „50 Jahre UN-Mitglied“ oder – ganz im Sinne seines Selbstverständnisses als Kulturnation – „50 Jahre Wiedereröffnung von Burgtheater und Staatsoper“. Vor 10 Jahren trat Österreich der Europäischen Union bei.

Damit endet die Liste der Jubiläums- und Erinnerungsanlässe jedoch keineswegs: Österreich feiert „85 Jahre Verfassung“, „80 Jahre Radio“, „50 Jahre Fernsehen“ und die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Österreicherin Bertha von Suttner vor hundert Jahren. Die Wertschätzung manch anderer Jubiläen erfordert schon ein wenig Sachkenntnis: Vor 50 Jahren trat das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (ASVG) in

Kraft, das zum Meilenstein des Wohlfahrtsstaates geworden ist. Damals betrug die Sozialquote 15% der jährlichen Wirtschaftsleistung, inzwischen sind es fast 30%.

Die Creditanstalt, die einstige monetäre Visitenkarte des Landes, könnte heuer ihren 150. Geburtstag feiern, wenn man sie nicht untergehen gelassen hätte.

Vor 35 Jahren begann die „Ära Kreisky“. Sie hat wesentlich zur Modernisierung und zum Erfolg der Zweiten Republik beigetragen. Mit ihr begann eine 30jährige Periode, in der die SPÖ den Bundeskanzler stellte.

Schließlich sind es auch schon wieder 5 Jahre seit Einführung des Euro als gemeinsamer europäischer Währung von 12 EU-Mitgliedsländern. Seit 2002 ist der Euro auch tägliches Zahlungsmittel.

Alle freudigen Erinnerungsanlässe dürfen aber kein Grund für übertriebene Selbstbezogenheit und schon gar nicht für Selbstgefälligkeit sein. Vielmehr ist auch kritische Selbstreflexion angemessen. So ist Trautl Brandstaller durchaus zuzustimmen, wenn sie die einmahnende Frage stellt, warum man nicht etwa im Vorjahr einer anderen Kette von Ereignissen und Jahrestagen verknüpfte Erinnerung gewidmet hat, nämlich dem 1.8.1914, dem 12.2.1934 und dem 20.7.1944.

Andere Jahrestage verlangen nach trauerndem Gedenken: 60 Jahre Befreiung der Betroffenen im Konzentrationslager Auschwitz aber auch Mauthausen und allen anderen Stätten des Leidens und der Shoa. Zu gedenken ist auch der Opfer vor 10 Jahren in Oberwart. All diese Anlässe verlangen unsere Erinnerung – ganz im Sinne von Primo Levys Diktum: „Wer keine Erinnerung hat, hat keine Zukunft.“

Unsere eigenen Jubiläumsanlässe sollen uns nicht wichtige andere übersehen lassen. Nach dem Kant-Jahr feiert die europäische Literatur den 200. Todestag von Friedrich Schiller, den 200. Geburtstag von Hans Christian Andersen und den 100. Geburtstag von Elias Canetti.

Für Fans ist auch an den Unfalltod von James Dean zu erinnern, der sich heuer zum 50sten Mal jährt.

Vor 50 Jahren starb Albert Einstein, vor 100 Jahren stellte seine Relativitätstheorie das Weltbild der Wissenschaft auf den Kopf. Das Time-Magazine kürte Einstein vor Gandhi

zum „Mann des Jahrhunderts“. In vielfältiger Weise stehen beide als Symbolfiguren für die Entwicklungen des 20. Jahrhunderts.

Einsteins Relativitätstheorie, und mit ihr er selbst, symbolisieren die revolutionierenden wissenschaftlichen Erkenntnisse, die technologischen Umwälzungen, den technischen Fortschritt. Zunehmend ist die Forschung und Wissenschaft unserer Zeit in den Makrokosmos wie in den Mikrokosmos vorgedrungen. Viele Entwicklungen haben unser Leben in unvorstellbarem Ausmaß beeinflusst und verändert und unsere Lebenserwartungen erweitert. Dazu gehören Elektrizität, Erdöl, Motorisierung, Atomenergie, Flugwesen, Tele- vor allem Mobiltelekommunikation, Raumfahrt, neue Werkstoffe, neue Produktionsweisen, die breite Anwendung von Computern und PCs, das Internet, Radio und vor allem Fernsehen, die Mechanisierung von Landwirtschaft und damit die Steigerung der Nahrungsmittelversorgung, die Mechanisierung der privaten Haushalte.

Dies alles sind Beispiele für die Umwälzungen des 20. Jahrhunderts. Eric Hobsbawm bezeichnet es als *kurze 20. Jahrhundert*, vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zum Ende des Kalten Krieges, das „Zeitalter der Extreme“, das vor allem vor 1945 ein so blutiges war, und Europa zu einem dunklen Kontinent werden ließ, der als Folge einen gewaltigen Bedeutungsschwund hinnehmen musste. Diese Entwicklungen zogen auch grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nach sich. Diese betreffen die Stellung der Frauen und der Jugend, die Veränderungen der Familienstrukturen ebenso wie der Altersstrukturen. Doch auch das gesteigerte Umweltbewusstsein ist ein Produkt der letzten Jahrzehnte, in denen die Grünbewegung zum politischen Faktor geworden ist. Gesellschaftliche und vor allem politisches Gewicht gewannen zunehmend auch die sogenannten NGOs, die „non-governmental organisations“.

Nach 1945, als es noch an nahezu allem, vor allem an Nahrungsmitteln, Energiestoffen, Fahrzeugen, Baustoffen und vielem mehr fehlte, folgte sehr bald ein Fress-, eine Bekleidungs-, eine Einrichtungs-, eine Motorisierungs- und eine Urlaubswelle.

Wir haben uns zur Freizeitgesellschaft und zur oft egoistischen und inhaltsarmen Spaßgesellschaft entwickelt. Die Wochenarbeitszeit verringerte sich von 48 auf 38 Stunden, der Mindesturlaub erhöhte sich von 2 auf 5 Wochen. Vor 50 Jahren gab es 150.000 PKWs heute sind es 4,2 Millionen, damals gab es etwas über 500.000 (507.149) Festnetzanschlüsse (davon etwa 100.000 (106.405) Viertelanschlüsse), heute gibt es über 6 Millionen Mobiltelefonnutzer.

Einsteins Biographie steht stellvertretend für die Vertreibung europäischer Eliten, einem gewaltigen „Brain-Drain“, verschuldet durch den Rassenwahn der dämonischen Nazi-Herrschaft, die im apokalyptischen Höhepunkt des Holocaust gipfelte. 60 Jahre danach nehmen wir das Jubeljahr der Befreiung zum Anlass, auch dieses Spuks zu gedenken, mit dem Verständnis: Niemals Vergessen! Erst kürzlich gedachte die Vollversammlung der UNO in Vertretung der globalen Völkergemeinschaft der Opfer des Vernichtungslagers Auschwitz, am 27. Jänner jährte sich der Tag der Befreiung der noch Lebenden im KZ Auschwitz. Gedenken mündet hier in die Verantwortung, ein Menschheitsverbrechen, für welches „Auschwitz“ heute steht, nie wieder geschehen zu lassen.

Dazu ist es notwendig, die Verbrechen des Nationalsozialismus immer wieder bewusst zu machen, im Bewusstsein zu erhalten, um niemals zu vergessen. Vor 1938 lebten in Wien 185.000 jüdische Mitbürger, heute ist es ein Bruchteil davon: Die jüdische Kultusgemeinde zählt rund 6.000 Mitglieder. 65.000 österreichische Juden sind in den Konzentrationslagern ermordet worden, der weitaus größere Teil der Überlebenden der Schoah kehrte nicht mehr nach Österreich zurück: ein gewaltiger humaner, geistiger und kultureller Aderlass. Teil des Österreichischen Gedenkjahres sei daher nicht zuletzt die Ehrfurcht vor den überlebenden und die Trauer um die toten Insassen des KZ Mauthausen, welches am 8. Mai 1945 befreit wurde.

Gandhi ist eine nicht weniger symbolträchtige Erscheinung des 20. Jahrhunderts, auch er steht für gewaltige Umwälzungen. Mit seiner Politik des gewaltlosen Widerstandes ist er zum Symbol der Befreiung der unterdrückten Völker geworden und damit zum Symbol für das Ende der europäischen Kolonialherrschaften. Die großen Kolonialreiche, allen voran die des British Empire, zerbrachen nach dem zweiten Weltkrieg. Die Befreiung wurde zum Ausgangspunkt, von dem aus nun die alten Länder mit ihren uralten Kulturen und riesigen Bevölkerungsmassen auf die Weltbühne zurückkehren. China, Indien oder Brasilien mögen als Beispiele dienen.

Inzwischen ist auch der Kalte Krieg mit einer Epochenzäsur, einem *annus mirabilis*, zu Ende gekommen. Also: Zeiten gewaltiger Veränderungen, Umwälzungen und Umstürzung und Bedeutungsverschiebungen, insgesamt ein Zeitalter der Beschleunigung wie zwei tiefgreifende Ereignisse innerhalb kurzer Zeit deutlich machen, nämlich der Fall der Berliner Mauer am 9.11.1989 und die durch Terroranschlag zum Einsturz gebrachten Zwillingstürme in New York.

Braune Flecken

Keine Vergangenheit ohne Zukunft.

Dies verlangt aber sicher auch Mut zur eigenen Vergangenheit, gerade auch dann, wenn diese nicht angenehm ist.

Unmittelbar nach Kriegsende kam es, wohl auch auf Verlangen der Alliierten, zur Verfolgung und strengen Bestrafung ehemaliger Mitglieder der NSDAP. Knapp 600.000 Österreicher, knapp ein Zwölftel der Bevölkerung, wurden im Rahmen der Sühnegesetzgebung als Nationalsozialisten registriert, 100.000 von ihnen aus öffentlichen Ämtern entlassen, fast ebenso viele erhielten Berufsverbot. Von den Volksgerichtshöfen wurden auch 42 Todesurteile gefällt. Bei den ersten freien Wahlen im November 1945 durften ehemalige Nationalsozialisten nicht teilnehmen.

Schon sehr bald aber wurde klar, dass man die Vielzahl der Mitläufer, die so genannten Minderbelasteten, in die Gesellschaft re-integrieren muss, was auch eine Zielsetzung der westlichen Alliierten und deren Re-Education-Programmen war. Eine Politik der Ausgrenzung hat sich auf Dauer noch nie bewährt.

Dementsprechend bemühten sich in der Folge alle politischen Parteien, auch die Kommunisten, bei der Nationalratswahl 1949, bei der auch wieder ehemalige Nationalsozialisten zugelassen waren, um die Stimmen dieser Wählergruppe.

Diesen Wettlauf gewann die ÖVP um Längen. Dies zeichnete sich schon bei der ersten Nationalratswahl am 25. November 1945 ab, bei der zwar die NSDAP-Mitglieder kein Wahlrecht hatten, sehr wohl aber deren familiäres Umfeld. Das eigenmächtige Plakat des damaligen SPÖ-Zentralsekretärs Erwin Scharf tat dazu ein übriges. Auf dem Plakat stand geschrieben: „Zehntausende Österreicher befinden sich fern der Heimat in Kriegsgefangenenlager und werden zum Wiederaufbau Österreichs benötigt, Zehntausende Nazi befinden sich in der Heimat und sabotieren den Wiederaufbau Österreichs. Wir fordern den Austausch.“

Die Beendigung der Ausgrenzungspolitik gegenüber den registrierten Nationalsozialisten wurde auch durch den Beginn des Kalten Krieges beschleunigt. Im

Kampf gegen den Kommunismus, der in der USA in der McCarthy-Hysterie gipfelte, erblickten die USA in den Nazis vielfach nunmehr zuverlässige Antikommunisten. Prominentes Beispiel dafür ist der von den USA reaktivierte ehemalige SS-Spionagechef Höttl, der von den Amerikanern in Gmunden eine Villa zugewiesen bekam, um von dort aus sein altes SS-Agentennetz gegen den Osten wieder zu reaktivieren. Die Änderung des weltpolitischen Klimas hat wohl auch dazu beigetragen, dass eine Reihe von schwer belasteten Nazis durch die Maschen der Volksgerichte und der Entnazifizierung schlüpfen konnten.

Mut zur Geschichte wurde von der unter dem Titel „Mit aufrechtem Gang“ veröffentlichte Auftragsarbeit des BSA, nur vordergründig bewiesen. Die Studie ist punktuell und selektiv, auf die spezifischen Zeitumstände wird zu wenig eingegangen, vielfach wird mit Vermutungen gearbeitet, was auch die wissenschaftliche Qualität beeinträchtigt. Und sie berücksichtigt nicht die politische Dimension, also die politischen Kollateralschäden, die mit ihr verbunden sein können.

Ebenso unangebracht ist die dummdreiste Häme, mit der vor allem von konservativen Kreisen auf die veröffentlichte BSA-Studie reagiert wurde und es ist geradezu lächerlich, die persönliche Integrität von Persönlichkeiten wie Schärf, Waldbrunner, Helmer, Kreisky, Broda oder Firnberg in Zweifel zu bringen. Diese haben in der Zeit der „smutna“, in der Zeit der Wirren, deren Bogen sich vom Austrofaschismus über den Nationalsozialismus bis zur Besatzungszeit spannt, großartige Leistungen vollbracht. Der von ÖVP-Granden erhobene Anspruch, die eigene Partei hätte keine braunen Flecken, ist geradezu abstrus, die Haltung, die von der wenig erfolgreichen Enkelgeneration der SPÖ eingenommen wird, ist aber schlichtweg peinlich.

Die Nazi-Zeit kann nicht ohne die Vorgeschichte des Austrofaschismus gesehen werden, der wiederum vor allem die ÖVP betrifft.

Ich möchte an dieser Stelle meinen Freund Hubert Pfoch zitieren, der unlängst treffend gemeint hat: In der ersten Republik sind zuerst von den Schwarzen die Roten und die Braunen und dann von den Brauen die Roten und die Schwarzen eingesperrt worden. Aber die Roten waren immer dabei. Die Roten haben niemals die anderen eingesperrt.

Nicht von ungefähr traten die Alliierten zunächst neben der Verfolgung der Nazis auch für die Bestrafung der Austrofaschisten ein. Letzteres Vorhaben wurde aber wieder aufgegeben, weil dies auch die Verfolgung zahlreicher ÖVP-Spitzenpolitiker, darunter

etwa Figl und Raab, die ihrerseits von den Nazis verfolgt worden waren, zur Folge gehabt und den innenpolitischen Friedensschluss zwischen SPÖ und ÖVP gefährdet hätte, der als Lehre aus der Vergangenheit gezogen wurde. Damit einher ging allerdings eine bis heute anhaltende Tabuisierung der Zeit des Austrofaschismus.

In jedem Fall ist von der ÖVP eine Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte und der Herkunft ihrer Mitglieder einzufordern. Dabei möchte ich nur kurz in Erinnerung rufen,

- dass einer meiner Amtsvorgänger in der Himmelpfortgasse illegaler Nazi war;
- dass es 1949 im Schloss Oberweis in Oberösterreich ein Treffen von führenden ÖVP-Politikern mit ehemals hochrangigen Exponenten der NSDAP kam, bei dem es um die Wiedereingliederung von ehemaligen Nazis ging, worum sich auch der ehemalige Heimwehrführer und spätere Staatsvertragskanzler bemühte. Der Aufmacher des Kuriers vom 11. Juni 1949 lautete denn auch „Graf erklärt: ÖVP hält an dem Einbau der früheren Nazi in eine ‚Rechtsfront‘ fest“

So ist denn eine breite Vergangenheitsaufarbeitung notwendig, die aber nicht zur Selbstreinigungs-Besessenheit oder Purifizierungs-Manie ausarten darf. Bewältigung der Vergangenheit ist denklogisch gar nicht möglich, bewältigen kann und muss man die Zukunft. Darauf hat Leopold Gratz immer wieder hingewiesen.

Die Notwendigkeit einer Vergangenheitsaufarbeitung gilt auch für andere Länder und deren Verhalten vor und während der Nazi-Zeit, auch unter Berücksichtigung dessen, dass sie sich nach dem Friedensvertrag von Saint Germain nie wirklich um Österreich gekümmert haben.

Was man aber bei jeder Form der Aufarbeitung der Vergangenheit einräumen muss, ist Nachsicht mit den damals ganz jungen Leuten und den Mitläufer, die sich persönlich nichts zu Schulden kommen haben lassen. Auch ist deren Läuterung und Heilung zu akzeptieren.

Es fällt aber schwer, gerade dieses Motiv für die Verleihung des Großen Ehrenzeichens des Landes Steiermark an den ehemaligen SS-Spionagechef Dr. Wilhelm Höttl zu unterstellen, der diese hohe Auszeichnung auf Betreiben der ÖVP erhalten hat.

Der junge spanische Sozialistenführer Felipe Gonzales handelte nach der Überwindung der Franco-Diktatur nach der Parole: „Kein Rachefeldzug gegen die Falangisten, also die Gefolgsleute Francos“. Nicht von ungefähr erweisen sich auch die jungen Demokratien aus dem früheren Sowjetbereich und seiner Satellitenstaaten gegenüber ehemaligen KP-Funktionären in der Regel tolerant und gestehen Ihnen politische Läuterung zu.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die große sozialdemokratische Politikerin Rosa Jochmann erinnern, die ihren Schwur „Verzeihen ja – vergessen nie!“ als moralisches Vermächtnis hinterlassen hat.

Es kann zur Ungnade der späten Geburt werden, wenn in selbstgefälliger Selbstgerechtigkeit und ohne die Berücksichtigung der politischen und gesellschaftlichen Umstände Urteile gefällt werden und sich jemand ohne Rücksicht auf politische Kollateralschäden Purifizierungen anmaßt.

Wenn wir unsere Geschichte der ersten und der zweiten Republik umfassend und rückhaltlos politisch korrekt aufarbeiten wollen, dann dürfen neben der Themenstellungen der politischen Verfolgungen und Opfer auch der geleistete Widerstand, die Emigrationen auch bereits während der Zeit des Austrofaschismus, aber auch die Geschichte jener, die ohne Einladung wieder zurückgekehrt sind, nicht ausgeklammert werden.

Einer, der freiwillig zurückgekehrt ist, ist der ehemalige Generaldirektor der Wiener Städtischen Versicherung, Otto Binder, der sich im Publikum befindet und über dessen Kommen ich mich ganz besonders freue. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass demnächst eine Publikation von ihm erscheinen wird, in der er den Werdegang des Leiters der Wiener Städtischen während der NS-Zeit, Dr. Rudolf Neumayer beschreibt, eines, wie Binder ausführt, „allen Herren williger Helfers“, eines „Kollaborateurs“, der in der Ära Schuschnigg österreichischer Finanzminister war und dann den Nazis diente und der, ohne je selbst Parteimitglied zu sein, von der NSDAP das Goldene Parteiabzeichen erhielt.

Erklärtes Ziel von Otto Binder ist allerdings keine Abrechnung, sondern ein Beschreibung des Geschehenen, die vor allen den jüngeren Generationen die schwierige Zeit von damals näher bringen und verständlich machen soll.

Österreich in Europa und der Welt von heute

Die Geschichte der Zweiten Republik wurde also zur Erfolgsstory. Nach den Wiederaufbaujahren konnten wir uns ein Viertel Jahrhundert eines wirtschaftlichen „golden age“, also eines goldenen Zeitalters, erfreuen. Das Ergebnis in der westlichen Welt war und ist ein nie gekannter Massenwohlstand. Nach Eric Hobsbawm lebt heute ein Durchschnittsbürger besser als ein Monarch vor 200 Jahren. In hohen Maßen möglich gemacht hat dies die Hilfe und der Schutz der USA. Zunehmend hat auch die europäische Integration dazu beigetragen.

Bis 1989 am Eisernen Vorhang gelegen, ermöglicht durch Staatsvertrag und Neutralität, vollzog Österreich eine klare Westbindung. Es trat der OECD, dem Europarat, der UNO, dem Internationalen Währungsfond und der Weltbank und zahlreichen anderen internationalen Organisationen bei. Es hat sich an einer Vielzahl von Friedeneinsätzen der UNO beteiligt. Nachdem dies durch das Ende des Kalten Krieges realpolitisch möglich geworden war, wurde es 1995 – zusammen mit Finnland und Schweden – Mitglied der Europäischen Union. Österreich ist auch eines der zwölf EU-Länder mit gemeinsamer Währung, dem Euro, wofür die seinerzeit erstrittene Hartwährungspolitik und die damit im Sinne einer optimalen Währungszone verbundene Bindung des Schillings an die DM eine Vorstufe war.

Inzwischen sind wir mit gravierenden geopolitischen, geo-ökonomischen, geostrategischen Umwälzungen und Bedeutungs- wie Einflussverschiebungen konfrontiert.

Die USA ist von einer der biopolaren Supermächte zur unipolaren Hypermacht geworden. Doch auch dieser sind Grenzen gesetzt. Auch sie wird zunehmend – gefordert durch die globalen Probleme – der globalen Kooperation und der internationalen Zusammenarbeit bedürfen. Der amerikanische Soziologe Daniel Bell beschrieb schon vor einigen Jahrzehnten, dass jeder Staat zu klein für die großen Probleme und gleichzeitig zu groß für die kleinen Probleme sei.

Die Weltbevölkerung hat sich im vorigen Jahrhundert vervierfacht, seit der Mitte des 20. Jahrhunderts verdoppelt; sie wird rasch von über 6 auf 9 Milliarden weiter anwachsen. Durch revolutionäre Entwicklung im Transportwesen und in der Telekommunikation hat sich die Weltwirtschaft (sowie dies schon Kurt Tucholsky mit Ironie gemeint hat) weiter verflochten. Wir nennen dies heute Globalisierung.

Dabei gewinnen China, Indien oder Brasilien, wie schon zuvor Japan oder andere fernöstliche Länder, an Bedeutung und es verlagern sich die Gewichte. War noch vor kurzem die Handelsbeziehungen der USA mit Europa und Asien volumsmäßig gleich, so liegt Asien heute schon 50 Prozent voraus, bald werden es 100 Prozent sein.

Der Prozess der Globalisierung ist mit großen Chancen und Möglichkeiten verbunden, aber naturgemäß nicht frei von Risiken und Gefahren. Diese zu zähmen, bedarf es wiederum internationaler Zusammenarbeit, wofür aber die Schaffung nationaler oder kontinentbezogener Wagenburgen sicher keine Lösung sein kann. Klima, Umwelt, Arterhaltung sind ebenso globale Aufgaben wie der Umgang mit neuen Bedrohungen durch Armut, mit neuen Seuchen wie Aids oder SARS, mit den Gefahren von Pandemien, mit internationalem Terror oder international organisierter Kriminalität, um einige Beispiele zu nennen. Demgegenüber ist die jüngst erlebte weltweite Hilfsbereitschaft für die Opfer der Tsunami-Katastrophe ein positives Beispiel für globales Zusammenrücken, für transnationale Solidarität.

Europa ist heute ein wirtschaftlicher Riese mit einer ziemlich gleich großen Wirtschaftsleistung wie die der USA, mit seinen nationalstaatlichen Souveränitätsillusionen politisch aber ein Zwerg und militärisch ein Wurm. Europa muss ich daher die Frage stellen, welche Rolle es auf der internationalen Bühne im Spiel der Mächtigen künftig einnehmen will: Mitspieler oder Spielball, sinnvoller Partner der USA oder deren Protektorat als unsinkbarer Flugzeugträger.

Die gegenwärtigen weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte bestehen für Europa im besonderen Maße durch die ungünstige Wechselkursrelation des Euro zum Dollar für den gesamten Dollarraum, wozu u.a. auch China gehört. Europa muss daher rasch weiter zusammen wachsen. Der Binnenmarkt und die Währungsunion müssen auch mit einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik zusammen geführt werden. Europa braucht eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, muss mit einer Stimme auftreten und sprechen und nicht als Kakaphonie, muss sich zu einer politischen Union durchringen.

Aus der Tradition von kulturellen Wechselbeziehungen könnte man schon sagen, es gibt es einen „European way of Life“. Was jedoch noch fehlt, um mit der amerikanischen Ideologie eines „American Dream“ konkurrieren zu können, ist ein „European Dream“. Mit anderen Worten: Es braucht europäisches Bewusstsein, europäische Öffentlichkeit und europäischen Medien.

Aus der Beobachtung kennt man, dass nationale Politiker – auch unsere – in Brüssel anders reden und agieren als sie dann zuhause argumentieren. Hier nämlich überwiegen populistische, kleinkarierte und provinzielle Diktionen und Entscheidungsfindungen, die sich oft genug auch gegen Brüssel richten. Und die nationalen Medien spielen *überall* eifrig mit.

Dies förderte in Europa eine Befindlichkeit, die sich mit drei Schlagworten charakterisieren lässt: Antiamerikanismus, Euro-Skepsis und xenophobe Zuwanderungsfeindlichkeit.

Das 20. Jahrhundert war das amerikanische Jahrhundert. Dieser Befund wird bis auf weiteres bestehen bleiben, auch wenn andere Mächte wie China und Indien im Aufstieg begriffen sind. Die USA, die schon vor dem ersten Weltkrieg zu einer bedeutenden Wirtschaftsmacht aufgestiegen waren, gingen aufgrund ihrer kriegsentscheidenden Rolle aus den beiden Weltkriegen zunächst als Weltmacht und in weiterer Folge als Supermacht hervor. Nach der Implosion der Sowjetunion und dem Zerfall des Sowjetischen Imperiums werden die USA zur alleinigen Hypermacht, zum Hegemon der Welt.

Die Dominanz der USA beruht nicht allein auf militärischer Stärke, sie ist auch eine wirtschaftliche und vor allem eine wissenschaftliche Stärke. Die jährliche Wirtschaftsleistung, also das Sozialprodukt der USA, beträgt bei 5 Prozent der Weltbevölkerung 30 Prozent der globalen Gesamtleistung. Auch wenn die allgemeine Schulbildung gegenüber Europa unterdurchschnittlich ist, so verfügt die USA dennoch über die besten Universitäten und die höchsten Forschungsbudgets der Welt. Englisch ist in der Wirtschaft und in der Wissenschaft zur entscheidenden Verkehrssprache geworden, zur lingua franca.

Amerika musste im vorigen Jahrhundert mehrmals eingreifen, um Europa vor sich selbst zu schützen, zuletzt am Balkan.

Die vom kalten Krieg her bestehende transatlantische Gemeinschaft ist nicht zuletzt durch das militärische, auf Legitimation verzichtende Verhalten der USA beschädigt. Was wir, was aber auch die USA brauchen, ist eine zeitgemäße transatlantische Gemeinschaft, um gemeinsam Probleme, wie die Ukraine, die Türkei, den Nahe Osten oder den Iran, oder welches immer sonst noch, zu lösen.

Die aktuellen politischen Zielsetzungen des mächtigsten Staates, vor allem jedoch des mächtigsten Mannes der Welt, haben andere Schwerpunkte. In seiner Inaugurationsrede beschwor Präsident Bush 49 mal „Freiheit“ herauf. Auch von den USA muss Solidarität eingefordert werden. Selbst Tony Blair betont, dass kein Staat die großen Probleme der Welt, zu denen auch der Terror gehört, alleine lösen kann, wie mächtig er auch immer sein mag.

Die Entfremdung zwischen den USA und Europa hat zu der viel zitierten Metapher geführt: „Americans are from Mars and Europeans are from Venus.“ Dieses Bild wird der griechischen Mythologie nicht gerecht, suchte doch Mars Glück und Zufriedenheit in den Armen der Venus, mit der er Harmonia zeugte, die Mutter der Musen und die Personifikation von Ordnung und Eintracht.

Die jüngsten kriegerischen Einsätze der USA gegen Afghanistan und dem Irak haben jedoch auch deutlich werden lassen, wie schnell von der größten Militärmacht der Welt zwar Kriege gewonnen werden können, wie schwierig sich demgegenüber die Befriedung eines Landes darstellt. Diese wird, ebenso wie Amerikas Kampf gegen den Terror, ohne Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft schwerlich umsetzbar sein. Einen *Krieg* gegen den Terror vermag selbst Amerika nicht im Alleingang zu gewinnen. Der *Antiterror-Kampf* mit globalen Allianzen ist ungleich erfolgversprechender. Hier wird sich auch zeigen, dass „soft power“ vielleicht wichtiger und effizienter ist als „hard power“. Waffen sind nicht die Mittel, jedenfalls nie ultimative Mittel zur Konfliktbereinigung.

Vielmehr geht es darum, der islamischen Welt über Schwellen ins 21. Jahrhundert zu helfen, so wie einst die arabischen Einflüsse die Kultur des Abendlandes erblühen ließen.

Die Bevölkerung der USA hat sich seit Kriegsende auf 300 Mio. verdoppelt und wird weiter auf 400 Mio. wachsen. Wegen der geringen Geburtenzahlen wird das Bevölkerungswachstum in Europa stagnieren und schrumpfen, auch bei uns in Österreich. Die Frage der EU-Mitgliedschaft der Türkei wird man auch vor diesem Hintergrund sehen müssen, aber auch im Lichte der traditionsreichen kulturellen, geistigen und historischen Verbindungen Mitteleuropas mit der Türkei, wo wir den Humus christlicher und damit abendländischer Geschichte finden.

Die „aging society“ wirft viele Probleme auf, nicht nur die Finanzierung der Pensionsvorsorge. Intelligente Zuwanderungspolitik ist daher u.a. gefordert.

Auch in Europa haben, entgegen einer vorurteilsgebundenen Meinung, Migrationen Tradition, sicherlich in anderen Formen und in anderen Größenordnungen als in Amerika. Als Beweis für erfolgte Zuwanderung genügt es hier in Wien schon das Telefonbuch aufzuschlagen oder sich die gegenwärtige Situation in unseren 16 hervorragenden Wiener Spitälern zu vergegenwärtigen. Quer durch alle Personalebene, vom Oberarzt bis zur Reinigungsfrau, findet man hier Einwanderer. Würde man diesen den Arbeitsmarkt versperren, die Spitäler müssten augenblicklich schließen.

Von der Haltung der Fremdenfeindlichkeit beeinflusst zeigte sich auch vor kurzem noch die Diskussion um die EU-Mitgliedschaft der Türkei, die ich unter bestimmten Vorbedingungen befürworte. Näherliegende und aktuellere Herausforderungen bestehen für Europa in der Integration bzw. im Umgang mit der Ukraine und mit den Balkanstaaten. Durch die geographische Nähe sind diese Fragen für Österreich in besonderem Maße relevant und würden entsprechendes Engagement herausfordern. Weder dieses noch eine partnerschaftliche Lösung steht zu erwarten, wenn man sich den konfliktbelasteten Umgang Österreichs mit seinen unmittelbaren Nachbarländern vergegenwärtigt: Genannt sei etwa Temelin, oder ...

Es ist bedauerlich, dass wir überall in Europa, ganz besonders ausgeprägt auch bei uns, mit einer selbstproduzierten Euroskepsis konfrontiert sind. Die geringe wirtschaftliche Dynamik und das anämische Wachstum der heimischen wie der europäischen Wirtschaft ist nur ein Erklärungsgrund.

Was Europa dringend benötigt sind:

Europabewusstsein, statt Antiamerikanismus,

Förderung von Initiative, Innovation und Investition,

das ist die Herstellung einer bestmöglichen Infrastruktur, zu der auch die

wirtschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen, die Regulierungsdichte sowie die Bürokratiedichte gehören,

vor allem jedoch eine energische Währungspolitik und eine zukunftsorientierte Bildungs- und Förderungspolitik.

Österreichs Aufgaben, zusammengefasst

Österreich hat innerhalb der EU, wie alle anderen kleinen Länder, und vor allem in nachbarschaftlichen Bereich – wir haben neun Nachbarländer – eine konstruktive Aufgabe zu erfüllen. In vielen Bereichen haben wir eigene Hausaufgaben zu machen: Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsverfassung, Regulierungsdichte Überbürokratisierung, Bildungswesen siehe Pisa-Studie, hinreichende Universitätsfinanzierung, genügend Mittel für die Forschung, Ausbau der Infrastruktur um nur einige wichtige Beispiel anzuführen.

Und so lassen Sie mich zum Schluss kommen. Österreich hat in den letzten 60 vor allem 50 Jahren, seit 10 Jahren EU-Mitgliedschaft, vor allem nach der Ostöffnung, Bemerkenswertes erreichen können. Das ist sicherlich vielen weitsichtigen und entschlossenen Frauen und Männern zu danken, vor allem aber ist es ein Erfolg der fleißigen, flexiblen, kreativen und innovativen Menschen unseres Landes.

Wie überall gilt es auch immer wieder große Mängel zu überwinden, neue Chancen zu ergreifen, Herausforderungen anzunehmen und Aufgaben wahrzunehmen. Dafür ist nicht unterlassen sondern unternehmen, nicht verhindern sondern gestalten und anpacken gefragt. Bei aller Konfliktfreudigkeit: Polarisierung und gandenloser Majorz sind gewiss der falsche Weg, denn damit bündelt man nicht die Kräfte sondern paralyisiert.

Mit diesem Verständnis „Österreich über alles, wann es nur will.“ Somit sind wir auch für die Zukunft im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder aufgefordert zu wollen. Dies ist allein unsere eigene Entscheidung und damit Verantwortung.